

# **Niederschrift**

## **über die 24. Sitzung des Rates der Stadt Jever**

**Sitzungstag:** 05.11.09  
**Sitzungsort:** Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus  
**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 20:24 Uhr

### **Teilnehmerverzeichnis:**

#### **Vorsitzende**

Lorentzen, Margot

#### **Stellvertretende Vorsitzende**

Vredenborg, Elke

#### **Ratsmitglieder**

Albers, Jan Edo

Albers, Udo

Andersen, Klaus

Bunjes, Gertrud

Dankwardt, Angela

Friedel, Lars

Funk, Harry

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Huckfeld, Renate

Husemann, Horst-Dieter

Janßen, Dieter

Kaiser, Peter

Ludewig, Enno

Lüken, Gerold

Makrinius, Ilse

Matern, Hans

Rasenack, Marianne

Reck, Renate

Schönbohm, Heiko

Schüdzig, Herbert  
Schwanzar, Bernhard  
Sender, Alfons  
Vahlenkamp, Dieter  
Werber, Gerhard  
Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.  
Zillmer, Dirk

### **Verwaltung**

Heeren, Andree  
Müller, Mike  
Röben, Manfred  
Rüstmann, Dietmar  
Wilms, Irmgard als Protokollführerin

**Entschuldigt waren:**

### **Tagesordnung:**

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende**

**Die Ratsvorsitzende** eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

#### **TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder**

**Der Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ratsmitglieder fest.

#### **TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit**

**Die Vorsitzende** stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

#### **TOP 4 Feststellen der Tagesordnung**

Hinsichtlich der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

**TOP 5      Genehmigung der Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Rates vom  
01. Oktober 2009 - öffentlicher Teil -**

Diese Niederschrift wird mit 30 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

**TOP 6      Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen**

keine

**TOP 7      Bericht der Bürgermeisterin über**

**TOP 7.1    Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

**Bürgermeisterin Dankwardt** unterrichtet den Rat der Stadt Jever über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus dessen Sitzungen Nr. 58 vom 13. Oktober 2009 und Nr. 59 vom 27. Oktober 2009 (siehe Anlage).

**Stadtamtsrat Röben** trägt den ebenfalls als Anlage beigefügten Baubericht für den Berichtszeitraum 30. September bis 04. November 2009 vor.

**TOP 7.2    Wichtige Angelegenheiten der Stadt**

keine Mitteilungen

## **TOP 7.3 Anträge und Beantwortung von Anfragen**

keine

## **TOP 8 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -**

Während einer Sitzungsunterbrechung gibt **die Ratsvorsitzende** den anwesenden BürgerInnen die Gelegenheit, Fragen von allgemeinem Interesse an Rat und Verwaltung zu richten.

**Herr Hielscher**, wohnhaft im Treidelweg, trägt vor, die Anlieger hätten ihre Anregungen in den Sitzungen des Fachausschusses bereits zum Ausdruck gebracht. Sie hätten jetzt die Hoffnung, dass der Rat in ihrem Sinne entscheiden werde.

## **TOP 9 Bebauungsplan Nr. 95 "Am Alten Hafen" mit örtlichen Bauvorschriften; hier: Abwägung nach frühzeitiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Auslegungsbeschluss**

dazu

**PlanA Nr. 33 vom 16. September 2009**

**VA Nr. 57 vom 22. September 2009**

**VA Nr. 58 vom 13. Oktober 2009**

**Vorlage: BV/008/2009**

**Ratsherr Andersen** trägt vor, es sei bekannt, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. In seiner Begründung könne er sich eigentlich auf das Schreiben des SPD-Vorstandes beziehen, in dem angeführt werde, dass weder die Anliegen der BewohnerInnen der Schlachte noch die vorausschauende Verkehrsplanung mit diesem Beschlussvorschlag berücksichtigt werde. Zur Zeit sei die Schlachte eine Straße mit einem starken innerörtlichen Durchgangsverkehr. Aufgrund einer privaten Verkehrszählung belaufe sich die Zahl der Fahrzeuge auf 1.000 pro Stunde. Ein Gutachten vom März dieses Jahres sei außerdem zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Schutz der Nachbarschaft vor Verkehrslärm in keinsten Weise gewährleistet werden könne. Dieses könne zur Folge haben, dass die Stadt auf Verlangen der AnliegerInnen in dieser Hinsicht tätig werden müsse.

Des weiteren sei nicht auszuschließen, dass durch die Fertigstellung der Umgehungsstraße der Verkehr noch zunehmen werde. Er sehe seine Verpflichtung somit darin, etwas dafür zu tun, den Verkehr aus diesem Bereich heraus zu halten. Eventuell könne mit einer neuen Umgehung, wie sie mit der Spange vorgesehen sei, eine Entzerrung erfolgen. Dieses sei in seinen Augen die letzte Möglichkeit über ein nicht bebautes Gelände eine Lösung zu finden, die durch die jetzt vorgeschlagene Planung aber zunichte gemacht werden sollte. Eine Ablehnung der so genannten „Spange“ werde damit begründet, dass der hierfür benötigte Grundstücksteil nicht erworben werden könne. Dieser Aussage könne er

nur dann zustimmen, wenn wirklich alle verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft worden seien.

Mit ein wenig Fantasie habe der historische Ort „Schlachte“ ein großes Entwicklungspotential, um zu einem öffentlichen Raum mit gehobener Aufenthaltsqualität zu werden. Was aus solchen Fantasien alles entstehen könne, dafür seien die zahlreichen Baugebiete in Jever, die in den letzten Jahren entstanden seien, ein eindeutiger Beweis. Sie seien vor circa 30 Jahren aus den Fantasien des damaligen Kämmers entwickelt worden. Mit ein bisschen Fantasie sehe er auch für die Schlachte noch eine Möglichkeit, ein besseres Ergebnis zu erreichen. Er bitte daher die RatskollegInnen um etwas mehr Fantasie, wenn es um eine neue Gestaltung gehe oder aber zumindest um etwas mehr Vertrauen in die Fantasie anderer. Die Schlachte habe Zukunft, wenn wir es ermöglichen.

**Beigeordneter Hartl** führt aus, die Position der FDP-Fraktion habe sich in den letzten vier Wochen nicht verändert. Selbstverständlich sei sie nicht gegen qualifizierte Bauvorhaben in der Stadt Jever. Sie habe nur die Befürchtung, dass durch den Bebauungsplan zum jetzigen Zeitpunkt eine Fläche blockiert werde, die für künftige Verkehrsführungen dann nicht mehr zur Verfügung stehen werde. Nach dem Lückenschluss der Umgehungsstraße müsse mit zusätzlichem Verkehr in der Innenstadt gerechnet werden, der über die Anbindung Wangerländische Straße / Schillerstraße in die Stadt fließen werde.

Bereits sei Jahren werde von ihnen ein Generalverkehrskonzept für Jever gefordert, in dem die Parkraumplanung und Parkraumbewirtschaftung einbezogen werde. Eine vollkommen detaillierte Planung sei dabei selbstverständlich nicht möglich, dennoch müsse der Rat sich frühzeitig Gedanken machen, wie die Verkehrsflüsse in unserer Stadt gestaltet werden sollten, um die Innenstadt mit ihren Teilbereichen, wie z. B. die Schlachte, zu schützen.

Der Generalverkehrsplan sei bisher nicht erstellt worden, deshalb habe seine Fraktion große Bedenken, entsprechende weitgehende Entscheidungen zu treffen. Sollten sich während der Erstellung des Generalverkehrsplanes ganz andere Verkehrsflüsse herausstellen, als der Rat es sich vorstelle, habe man zu einem späteren Zeitpunkt immer noch die Möglichkeit, die heute vorgestellte Planung umzusetzen. Dieser Bereich sei seit mehr als sieben Jahren nicht neu beplant worden, so dass eine zwingende Notwendigkeit hierfür - mit Ausnahme der vorliegenden Anträge - nicht gesehen werde. Bereits beim Aufstellungsbeschluss vor einem Jahr habe seine Fraktion gegen die beabsichtigte Planung gestimmt. Zustimmungen habe es nur dann gegeben, wenn der Verfahrensablauf dieses erfordere. Als Politiker hätten sie die Verpflichtung, alle Aspekte in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen, so dass sie nach wie vor unter den vorliegenden Voraussetzungen dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könnten.

**Beigeordneter Janßen** erklärt, die Mehrheit der SPD-Fraktion sei anderer Meinung als die beiden Vorredner. Im Mai 2008 habe die Verwaltung vom Planungsausschuss den eindeutigen Auftrag erhalten, den Bereich Schlachte neu zu beplanen und die ursprüngliche Idee mit der „Spange“ dabei aufzugeben. Dieser Beschluss sei vom Verwaltungsausschuss bestätigt worden. Im Dezember 2008 habe der Rat sodann einstimmig die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.

Zwischenzeitlich habe die Verwaltung einen Bebauungsplan vorgelegt, der nun aber nicht mehr die volle Unterstützung durch den Rat erfahre. Fakt sei es, dass sich dieser Bereich der Stadt in einem desolaten Zustand befinde und eine Vermarktung so nicht möglich sei, schon gar nicht mit einer weiteren Straße mit einer zusätzlichen Verkehrsbelastung. Der Bereich müsse aufgewertet und die Vermarktung müsse forciert werden. Der Flächennutzungsplan sehe dafür ebenfalls eine Wohnbebauung vor. Dieses sei nur mit einem Fuß- und Radweg zu realisieren und nicht mit einer Straße. Durch den Lückenschluss der Um-

gehungsstraße werde die Verkehrsbelastung seiner Meinung nach nicht größer, sondern eher geringer ausfallen. Diese Entwicklung habe schon die Umgehungsstraße für Jever gezeigt.

Die Pläne, die die FDP-Fraktion ins Spiel gebracht habe, seien bei der gegenwärtigen Haushaltssituation weder bezahlbar noch realisierbar, da sie Grundstücke beträfen, die sich nicht Eigentum der Stadt Jever befänden. Die derzeitigen AnliegerInnen hätten einen Anspruch darauf, dass der Stadtbereich zügig bebaut werde. Heute erfolge nur der Auslegungsbeschluss, weitere Einwände würden sicherlich folgen, bevor der Satzungsbeschluss gefasst werden könne.

Mit einem zügigen Handeln könne der Bauwirtschaft geholfen und Arbeitsplätze in Jever könnten gesichert werden. Seiner Fraktion sei es ein besonderes Anliegen, Jever als Wohnstadt aufzuwerten. Aus diesem Grunde werde sie mit einer großen Mehrheit dem Beschlussvorschlag zustimmen.

**Beigeordneter Schönbohm** teilt mit, die SWG / Sender-Gruppe werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Hierfür gebe es verschiedene Gründe. Einerseits hätte seine Fraktion für diesen historischen Bereich ein Gesamtkonzept für den Schlachteplatz, den Treidelweg und den Alten Hafen einschließlich der Verkehrsführung erwartet und nicht nur die Beplanung eines Teilbereiches. Dieses hätte allerdings sicherlich eines anderen Auftrages bedurft. Andererseits sei es seiner Gruppe auch klar, dass es sich bei dem Treidelweg um ein hochwertiges Wohngebiet handele. Eine Wiederbelebung der „Spange“ sei nicht so einfach umzusetzen. Hierzu seien weitere Überlegungen notwendig, die in der Tat nur mit etwas mehr Fantasie durchgeführt werden könnten.

Die SWG / Sender-Gruppe plädiere dafür, den Planweg B, der auf einen Fuß- und Radweg reduziert werden solle, als Anliegerstraße zuzulassen. Diese Option sollte unbedingt offen gehalten werden, da andernfalls die Gefahr bestehe, dass die vorhandenen Möglichkeiten verbaut würden. Über die vom Beigeordneten Hartl eingebrachten Vorschläge sollte ebenfalls noch einmal nachgedacht werden.

**Beigeordneter Husemann** trägt vor, von den Gegnern der vorliegenden Planungen sei in den Vorreden mehrfach Fantasie und Gestaltungskraft eingefordert worden. Die bisherigen Meinungsäußerungen ließen darauf schließen, dass diese Fähigkeiten nur diejenigen besäßen, die gegen diese Planung seien. Dem sei aber nicht so, denn auch die andere Gruppe, die anders denke, habe die gleichen Fähigkeiten, was sie in den vorangegangenen monatelangen Beratungen bewiesen habe. Es seien in den Sitzungen des Planungsausschusses Fachleute befragt worden. Die Verwaltung habe mit großem Sachverstand die entsprechenden Sitzungsvorlagen und eine Auslegung des Planes vorbereitet. Den BürgerInnen sei bereits die Gelegenheit eingeräumt worden, Anregungen zu der Planung vorzubringen. Hiervon sei allerdings nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht worden.

Das vorliegende Einzelhandelskonzept, das vom Rat der Stadt in Auftrag gegeben worden sei, spreche sich dagegen aus, den Bereich Schlachte autofrei zu gestalten. Seines Erachtens sei es wenig ratsam, in diesem Einzelfall von dem Gutachten abzuweichen, da es dann auch für andere Fragen seine Glaubwürdigkeit verlieren werde.

Es sei gewünscht, dass dort städtebaulich hochwertiges Wohnen angeboten werde. Mittlerweile habe sich hinter dem historischen Bereich Schlachte ein ungepflegter Wildwuchs entwickelt. Die AnliegerInnen hätten einen Anspruch darauf, dass auch dort ein gepflegtes Umfeld entstehe. Befürchtungen, dass durch den Anschluss der weiteren Umgehungsstraße in der Schlachte ein immenser zusätzlicher Verkehrsfluss entstehen werde, seien vollkommen unbegründet. Ein Gutachten aus dem Jahre 2001 besage, dass nach der Öffnung der Umgehungsstraße um Jever der Verkehr dort um 15 % zurückgegangen sei.

Die Ansicht, eine Wegführung über die „Spange“ sei eine ideale Form der Entlastung, sei ebenfalls falsch. Neben zahlreichen Kurven, die ausgeglichen werden müssten und somit zu Widrigkeiten führten, müssten auch Grundstücke erworben werden, die sich nicht im Eigentum der Stadt Jever befänden. Die in diesem Zusammenhang erwähnte Möglichkeit der Enteignung sei auf keinen Fall durchführbar, da das öffentliche Interesse für dieses Verfahren nicht nachgewiesen werden könne, schließlich werde der Verkehr schon seit Jahrzehnten problemlos über die Schlachte geführt. Diese Einschätzung sei von der Verwaltung im Übrigen bereits unter einer anderen Führung ebenso vertreten worden.

Auch ohne einen Verzicht auf die „Spange“ sei eine Aufwertung des historisch gewachsenen Platzes Schlachte weiterhin möglich. Trotz des fließenden Verkehrs könne er zu einem Kleinod entwickelt werden. Insofern bleibe die städtebauliche Entwicklung auch von der anderen Gruppe, die für den Beschlussvorschlag plädiere, bei ihrer Entscheidung nicht unberücksichtigt.

Heute gehe es nur darum, die Auslegung ein weiteres Mal zu beschließen, um der Öffentlichkeit erneut die Gelegenheit zu geben, dem Rat ihre Anregungen und Bedenken an die Hand zu geben. Es gebe somit keinen Grund, den vorliegenden Beschluss nicht zu fassen, es sei denn, es solle ein gezielter Keil in eine vernünftige Planungsarbeit getrieben werden. Dieses sei die Auffassung von 90 % der CDU-Fraktion zu diesem Thema.

**Beigeordneter Schwanzar** trägt vor, keine der vorgebrachten Anregungen habe sich mit der „Spange“ beschäftigt, die schon seit Jahren in diesem Zusammenhang diskutiert werde. Die Umsetzung dieses Vorhabens werde von einem Grundstückseigentümer blockiert und es bestehe wenig Aussicht auf eine Änderung. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen könne sich dem Vorschlag bezüglich des Gesamtverkehrsplanes auf jeden Fall anschließen und hoffe, dass in dieser Richtung weiter gearbeitet werde. Auch über einen Kreisverkehr an der Schillerstraße könne nachgedacht werden. Andererseits sei sie jedoch der Meinung, dass in dem Bereich etwas geschehen müsse, um die vorhandenen Verhältnisse zu verbessern. Da es nunmehr sowohl Argumente für als gegen den Beschlussvorschlag gebe, werde seine Fraktion sich heute der Stimme enthalten.

**Bürgermeisterin Dankwardt** sieht in der jetzigen Diskussion eine merkwürdige Entwicklung, da noch vor circa einem Jahr innerhalb des Rates eine Einmütigkeit vorgelegen habe. Planungsausschuss und Verwaltungsausschuss hätten sich einstimmig dafür ausgesprochen, das Vorhaben „Spange“ aufzugeben und eine Bebauung des Treidelweges voranzutreiben. Das Einzelhandelsgutachten weise darauf hin, dass der Bereich Schlachte zwingend mit Autoverkehr belebt bleiben müsse. Die AnliegerInnen des Treidelweges wohnten zur Zeit in einem Umfeld mit keinem schönen Ambiente, obwohl ihnen vor Jahren beim Kauf der Grundstücke andere Zusagen gemacht worden seien. Wenn der jetzige Bebauungsplan nicht umgesetzt werde, werde es auch in der weiteren Zukunft keine Veränderungen geben, da die finanziellen Mittel fehlten, um die gewünschte Entlastungsstraße zu bauen. Erschwerend komme hinzu, dass mindestens ein Fremdgrundstück für diese Lösung benötigt werde, das nur im Enteignungsverfahren erworben werden könne. Das hierfür wiederum erforderliche öffentliche Interesse könne sie nicht erkennen.

Heute gehe es nicht darum einen Satzungsbeschluss zu fassen, sondern nur einen Abwägungsbeschluss. Dieses Verfahren dürfe nicht unterbrochen werden. Alle Kritiker erhielten eine zweite Gelegenheit, ihre Bedenken vorzutragen. Als stimmberechtigtes Ratsmitglied seien ihr innerhalb der letzten 18 Monate keine neuen Erkenntnisse bekannt geworden, die sie von der Fortsetzung des Verfahrens abbringen könnten. Mit dieser Planung werde sich für den Bereich Schlachte etwas bewegen. Für sie sei die Vision der FDP keine Alternative.

**Beigeordneter Harms** führt an, er gehe davon aus, dass nach dem Lückenschluss der Umgehungsstraße zwar viele Fahrzeuge an Jever vorbei fahren würden, aber die Zahl der Fahrzeuge, die die Abfahrt „Jever-Zentrum“ benutzen würden, werde vermutlich erheblich steigen. Wenn heute eine Entscheidung getroffen werde, werde dieses nicht nur erhebliche Kosten verursachen, sondern die Stadt werde sich auch etwas dauerhaft verbauen.

Sicherlich verliefen die Gespräche mit dem betreffenden Grundstückseigentümer schon seit Jahren erfolglos, dennoch bestehe nach wie vor die Chance, dass sich auch in dieser Angelegenheit einmal etwas verändern werde. Ferner wolle er bezweifeln, dass in diesem Fall uneingeschränkt dem Einzelhandelsgutachten Folge geleistet worden sollte, auch andere Gutachten würden nicht immer bis in die letzte Konsequenz befolgt. Der Planweg B sollte nicht eingeengt, sondern für den Verkehr zugelassen werden. Dieses könne zu einer Verkehrssicherung für die Zukunft beitragen.

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

- 1. Der Rat der Stadt Jever beschließt die diesem Beschluss beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Anregungen und Hinweise.**
- 2. Der Rat der Stadt Jever beschließt die Auslegung des Bebauungsplan Nr. 95 „Am Alten Hafen“ mit örtlichen Bauvorschriften nebst Begründung mit einem gegenüber dem Aufstellungsbeschluss reduzierten Geltungsbereich (Auslegungsbeschluss) gemäß § 3 Absatz 2 BauGB und die förmliche Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.**

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 15 Nein 14 Enthaltung 2 Befangen 0**

#### **TOP 10 3. Nachtragshaushalt 2009**

**dazu**

**FinA Nr. 23 vom 19. Oktober 2009**

**VA Nr. 59 vom 27. Oktober 2009**

**Vorlage: BV/030/2009**

**Verwaltungsangestellter Rüstmann** erklärt, die Verwaltung lege heute den Entwurf des 3. Nachtragshaushaltes 2009 vor, mit dem die Abweichungen des Haushaltsjahres bereinigt werden sollten. Es sei leider festzustellen, dass der Haushalt in seinem Ergebnis alles andere als gut sei. Deshalb wolle er die Gelegenheit nutzen, noch einmal darauf hinzuweisen, welche wesentlichen Punkte zu dieser Entwicklung beigetragen hätten. In den letzten Jahren seien die Ausgaben für die Bauunterhaltung vervierfacht worden, was dazu beigetragen habe, dass wir einen Fehlbetrag aus Vorjahren in Höhe von 1.2 Millionen bewältigen müssten. Außerdem müssten Kanalbenutzungsgebühren aus



Vorjahren in Höhe von circa 600.000 Euro erstattet werden. Die Sanierung der Turnhalle Cleverns werde vollkommen über den Verwaltungshaushalt abgewickelt. Die investive Zuweisung des Landes sei letztmalig im Vermögenshaushalt veranschlagt worden, was künftig nicht mehr zulässig sei. In Folge der Finanzkrise seien Einnahmeeinbußen in Höhe von 430.000 Euro hinzunehmen gewesen. Zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit den Kindergärten beliefen sich im 3. Nachtragshaushalt auf 181.000 Euro. Diese seien alles Gründe, die zu einem kumulierten Defizit in Höhe von 4 Millionen Euro führten.

Als einziger Lichtblick sei zu vermerken, dass einige Ausgaben, die in diesem Jahr angefallen seien, in Zukunft wegfallen würden. Die Finanzkrise werde aber sicherlich dazu beitragen, dass sich die negative Entwicklung weiter fortsetzen werde. Die Stadt sei somit gehalten, die Sparsbemühungen, die möglich seien, weiter auszuschöpfen.

**Beigeordneter Janßen** führt aus, mit dem 3. Nachtragshaushalt sei einmal mehr deutlich geworden, dass die Einnahmen weiter sinken und die Ausgaben weiter steigen würden. Dieses seien Fakten, deren Ursachen nicht hausgemacht seien, sondern von außen an die Stadt herangetragen würden. Mittlerweile habe die Finanzkrise auch Jever und die übrigen Kommunen erreicht.

Mit dem vorliegenden Finanzkonzept der Verwaltung könne nur auf die aktuelle Situation reagiert werden. Der ohnehin schon geringe Gestaltungsspielraum der Politik werde ein weiteres Mal eingeschränkt. Aus diesem Grunde seien die Kommunen verpflichtet, künftig noch mehr zusammen zu arbeiten. Jever müsse nach Synergien mit der Stadt Schortens und den Gemeinden Sande und Wangerland nicht nur bei den Baubetriebshöfen und im Stadtmarketing, sondern auch in vielen anderen Bereichen suchen. In diesem Zusammenhang sei die Kreativität des Kämmerers gefragt. Seine Fraktion werde dem 3. Nachtragshaushalt zustimmen.

**Beigeordneter Schwanzar** trägt vor, dieser Nachtragshaushalt sei das zweite Signal, nachhaltige Überlegungen zu Konsolidierungsmaßnahmen für die Zukunft anzustellen. Dieses werde nicht aus eigener Kraft gelingen, vielmehr werde die Hilfe des Landkreises, des Landes und des Bundes benötigt. In diesem Zusammenhang würden die Pyrmonter Erklärung und die Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die Bundesregierung ausdrücklich begrüßt. Seine Fraktion habe deshalb den Antrag gestellt, über diese Punkte in der nächsten Sitzung des Rates zu diskutieren und daraus Konsequenzen für das eigene Handeln auf allen Ebenen zu ziehen.

Zwei von fünf niedersächsischen Kommunen seien nicht in der Lage, ihre Haushalte auszugleichen. In jeder zehnten Stadt werde überlegt, ob eine Fusion helfen könne, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Seine Fraktion fordere ebenfalls für die Zukunft größere Anstrengungen bei der interkommunalen Zusammenarbeit. Auch dazu habe er einen Antrag vorbereitet.

Die Finanzsituation der Kommunen schränke die Gestaltungsmöglichkeiten künftig sehr stark ein. Der Vorschlag der Landesregierung für einen Zukunftsvertrag werde von ihnen begrüßt und anerkannt. Die kommunale Daseinsvorsorge dürfe nicht weiter aus der Hand gegeben werden, wie es bei dem Verkauf der Kläranlage erfolgt sei. Noch immer warteten wir auf die Rückzahlung des Betrages von 100 Millionen, die den Städten im Jahre 2005 vom Land vorenthalten worden sei. Das sei ein schwerwiegender Eingriff in den Finanzausgleich gewesen. Neben dem uneingeschränkten Erhalt der Gewerbesteuer werde eine Reform der Grundsteuer B gefordert. Ein Ausbau des Konexitätsprinzips sei unverzichtbar sowohl bei dem Ausbau der Kinderbetreuung und bei den Belastungen durch die Hartz IV-Leistungen.

**Beigeordneter Schönbohm** hält es für einen einmaligen Vorgang, dass im November ein 3. Nachtragshaushalt vorgelegt werden müsse. Das Defizit im Verwaltungshaushalt habe sich von 2 Millionen zu Beginn des Jahres auf mittlerweile 4,5 Millionen entwickelt. Diese Entwicklung sei aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation sicherlich absehbar gewesen und die Tendenzen für das Jahr 2010 seien ebenfalls nicht besser. Seine Gruppe werde dem Haushalt nicht zustimmen. Das sei unter anderem darin begründet, dass zahlreiche Maßnahmen beschlossen worden seien, die sie nicht mittragen könnten. Das seien zum Beispiel Zuschüsse im Bereich der Wirtschaftsförderung und die Verlagerung des Kindergartens im Bereich Cleverns – Sandel. Ein Ausgleich des Haushaltes sei mit einzelnen Maßnahmen nicht möglich. Der gravierende Wegfall der Steuereinnahmen könne mit kleinen Schritten nicht aufgefangen werden.

Das erste Opfer der Einsparungen werde wahrscheinlich das Theater Am Dannhalm, denn der Beginn der notwendigen Sanierungsmaßnahmen könne sicherlich nicht fortgesetzt werden. Bei der Verabschiedung des 1. Nachtragshaushaltes für das Jahr 2008 sei der Kämmerer noch recht zuversichtlich gewesen, dass sich die Situation in diesem Jahr verändern werde. Diese Hoffnung habe sich offensichtlich nicht erfüllt.

Wenig Verständnis finde bei ihm die Form der Konsolidierung, die mit dem Wegfall von einmaligen Ausgaben begründet werde. Ausgaben, die nur in einem Jahr fällig würden, könnten seines Erachtens nicht in den Folgejahren als Einsparungen gewertet werden. Sicherlich müsse in den nächsten Jahren in vielen Bereichen gespart werden, wenn es sich letztendlich auch nur um Kleinbeträge handele. Als Beispiel seien dazu die vielfältigen Mitgliedschaften der Stadt Jever erwähnt, die hinterfragt werden müssten. Über eine interkommunale Zusammenarbeit müsse ebenso nachgedacht werden wie über Einsparungen im Personalbereich, die über Wiederbesetzungssperren und die Einsparung einer Ausbildungsstelle realisiert werden könnten. Im Bereich Stadtmarketing sollte nicht nur über eine Reduzierung der Ausgaben, sondern auch über zusätzliche Einnahmen diskutiert werden. Trotz einer sparsamen Haushaltswirtschaft dürfe die Kreativität aber auch künftig nicht verloren gehen.

**Beigeordneter Hartl** erklärt, der Kämmerer habe die Haushaltsentwicklung in seiner Einführung eindeutig geschildert, dem sei eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Die Gründe dafür, dass heute über den 3. Nachtragshaushalt beschlossen werden müsse, stünden im Zusammenhang mit dem Konkunkturprogramm. Seine Fraktion würde diesem Nachtrag gerne zustimmen, habe aber rechtliche Bedenken bezüglich der Ermächtigung, den Betrag der Kassenkredite von 3,3 Millionen auf 4,5 Millionen zu erhöhen. Bereits mit dem 2. Nachtragshaushalt sei der Betrag mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde von 1,7 Millionen auf 3,3 Millionen erhöht worden. Es sei ihnen zwar bekannt, dass es ein übliches Verfahren der Kommunen sei, ihr vorläufiges Defizit durch kurzfristige Kassenkredite auszugleichen. Die bestehenden rechtlichen Bedenken seien aber weder im Finanzausschuss noch im Verwaltungsausschuss ausgeräumt worden, so dass seine Fraktion wegen dieser Unklarheit dem Haushalt nicht zustimmen werde.

**Beigeordneter Zillmer** trägt vor, er habe bereits im Februar bei der Verabschiedung des Haushaltes darauf hingewiesen, dass der Rat gemeinsame Überlegungen anstellen müsse, um die Haushaltssituation deutlich zu verbessern. Viele Faktoren, die vorrangig fremd bestimmt seien, nähmen mittlerweile Einfluss auf die Haushaltsentwicklung der Stadt. Weder die Verwaltung noch der Rat seien im Augenblick in der Lage, diese Eckwerte wesentlich zu verändern. Mit dem 3. Nachtragshaushalt habe der Kämmerer aus der gegenwärtigen Situation das Beste gemacht. Die Bedenken, die die FDP-Fraktion bezüglich der Kassenkredite vorgetragen habe, würden von der CDU-Fraktion eindeutig nicht geteilt. Dieses sei eine Vorgehensweise, die mit den gesetzlichen Bestimmungen im Einklang stehe.

Auch bei der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes seien die möglichen und erforderlichen Maßnahmen von der Verwaltung vorgeschlagen worden. Da seine Fraktion keine anderen Vorschläge unterbreiten könne, plädiere sie dafür, dem Fachwissen des Kämmerers zu folgen und dem Haushalt zuzustimmen.

Sodann beschließt der Rat der Stadt Jever:

***Die im Entwurf vorliegende 3. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit dem 3. Nachtragshaushaltsplan 2009 wird als Satzung beschlossen.***

***Die Fortschreibung des Investitionsprogrammes wird beschlossen.***

***Die Fortschreibung des Finanzplanes wird zur Kenntnis genommen.***

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 18 Nein 11 Enthaltung 2**

**TOP 11 3. Nachtrag 2009; Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes**

**dazu**

**FinA Nr. 23 vom 19. Oktober 2009**

**VA Nr. 59 vom 27. Oktober 2009**

**Vorlage: BV/031/2009**

**Verwaltungsangestellter Rüstmann** verweist auf die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes und appelliert an den Rat, ihm dahingehend zu folgen.

**Beigeordneter Schwanzar** erklärt, die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung reichten nicht aus, um das strukturelle Defizit auszugleichen. Es werde dringend ein Zukunftskonzept benötigt, in dem im Dialog mit den BürgerInnen alle Positionen auf den Prüfstand gestellt würden. Die Podiumsdiskussion in Varel sei ein Schritt in die richtige Richtung. Es würden Bürgerhaushalte benötigt, die in der Öffentlichkeit diskutiert würden.

Für seine Fraktion hätten Investitionen mit Nachhaltigkeit nach wie vor eine hohe Priorität. Die Sanierung der Grundschule Cleverns, des Kindergartens und der Turnhalle der Paul-Sillus-Schule seien gute Maßnahmen, da sie langfristig den Haushalt bei den Betriebskosten und der Bauunterhaltung entlasten würden. Eine Erhöhung der Kreisumlage sei nach wie vor nicht ausgeschlossen, so dass alle Fraktionen aufgefordert seien, sich Gedanken über Einsparungen auf allen Ebenen zu machen und nach anderen Einnahmequellen zu suchen, wenn eine Erhöhung der Steuern nicht gewollt sei. Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung erforderten Mut und Zugeständnisse in allen Bereichen. Seine Fraktion werde dem Konzept in dieser Form nicht zustimmen.

**Beigeordneter Janßen** erklärt, seine Fraktion werde dem Konzept zustimmen, bei dem es sich mit weiteren Einsparungen in Höhe von circa 130.000 Euro um eine Fortschreibung des bestehenden Konzeptes handle. Für die Sozialdemokraten sei es nicht leicht, Einsparungen bei freiwilligen Leistungen zuzustimmen, aber bevor Kürzungen bei der Hausaufgabenhilfe, der Arbeitslosenhilfe, dem Präventionsrat, der Nachteule oder dem Ferienpass vorgenommen würden, müssten viele andere Ausgaben auf den Prüfstand. Hierzu würden konkrete und kreative Vorschläge von der Verwaltung erwartet. Zuschüsse für den Campingplatz Jever-Schortens, den Zweckverband Schloss- und Heimatmuseum und das Stadtmarketing dürften nicht zu „Heiligen Kühen“ erklärt werden, wenn soziale Leistungen gekürzt werden müssten. Im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2010 werde seine Fraktion ein sehr großes Augenmerk auf diese Aspekte richten.

**Beigeordneter Harms** teilt mit, der Rat habe mit dem Haushalt 2009 dem Landkreis Friesland als Aufsichtsbehörde bereits ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt. Von den damals angeführten Konsolidierungsmaßnahmen seien mehrere nicht anerkannt worden. Die Gesamtsumme dieser Vorhaben belaufe sich auf 702.000 Euro. Jetzt sei das Konzept fortgeschrieben worden und die nicht anerkannten Punkte seien weiterhin Bestandteil.

Die Stadt Jever müsse dringend sparen, ansonsten sei die Zukunftsfähigkeit der Stadt gefährdet. Rat und Verwaltung seien damit betraut, das Geld der SteuerzahlerInnen zu verwalten. Er habe die Befürchtung, dass diese Aufgabe manchmal von einigen Mitgliedern leichtfertig wahrgenommen werde. Die Steuereinnahmen würden im nächsten Jahr drastisch sinken. Auch die Inanspruchnahme von hohen Kassenkrediten führe zu einer weiteren Handlungsunfähigkeit. Es sei verantwortungslos, dem Konzept trotz der Einwände des Landkreises zuzustimmen. Er werde dem Vorschlag somit nicht folgen.

**Beigeordneter Hartl** führt aus, auch die FDP-Fraktion halte einzelne Punkte des Konzeptes für diskussionswürdig. Eine verschuldete Kommune habe die Verpflichtung darzulegen, dass sie gewillt sei, künftig zu sparen. Der Kämmerer sei dieser Verpflichtung nachgekommen. Das bisherige Konzept werde heute fortgeschrieben. Seine Fraktion stimme dieser Fortschreibung zu.

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

***Der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wird zugestimmt.***

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 22 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 12 Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008**

**dazu**

**FinA Nr. 23 vom 19. Oktober 2009**

**VA Nr. 59 vom 27. Oktober 2009**

**Vorlage: BV/029/2009**

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

**Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wird gem. § 101 Abs. 1 NGO beschlossen.**

**Für das Haushaltsjahr 2008 wird der Bürgermeisterin die Entlastung gem. § 40 Abs 1 Ziff 9 NGO i.V.m. § 101 Abs 1 NGO erteilt.**

**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 13 Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens - Doppik**

**dazu**

**FinA Nr. 23 vom 19. Oktober 2009**

**VA Nr. 59 vom 27. Oktober 2009**

**Vorlage: BV/012/2009**

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

**Die Stadt Jever führt zum 01.01.2011 (Bilanzstichtag) den doppelischen Kommunalhaushalt ein.**

**Abstimmung: ohne Gegenstimme beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 14 Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten  
hier: Wegfall eines Ausbildungsplatzes zum 01. Aug. 2010**

**dazu**

**VA Nr. 58 vom 13. Oktober 2009**

**VA Nr. 59 vom 27. Oktober 2009**

**Vorlage: BV/035/2009**

**Beigeordneter Janßen** führt aus, die SPD-Fraktion sei mit dem Beschlussvorschlag nicht einverstanden, da sie der Meinung sei, dass von dem Grundsatzbeschluss, zwei Ausbildungsstellen kontinuierlich vorzuhalten, nicht abgewichen werden sollte. Auch in schwierigen Zeiten sollte es der Stadt wert sein, circa 30.000 Euro in einen weiteren Ausbildungsplatz zu investieren. Die Kommune habe eine Vorbildfunktion in diesem Bereich, andernfalls könne sie nicht vom Handwerk verlangen, Ausbildungsstellen bereitzuhalten. Voraussichtlich würden Fachkräfte auch im Verwaltungsbereich in den nächsten Jahren Mangelware sein.

Die SPD-Fraktion wünsche sich von der Kämmerei ein nachhaltiges Gesamtfinanzkonzept, dem die sozialen Bereiche und die Ausbildungsstellen nicht zum Opfer fallen sollten.

**Beigeordneter Hartl** erklärt, die Verwaltung bringe den Rat mit diesem Vorschlag in einen Konflikt, da einerseits der Grundsatzbeschluss vorliege, andererseits aber die Notwendigkeit für Einsparungen gesehen werde. Das sei eines der Punkte, der in dem Konsolidierungskonzept von seiner Fraktion sehr kritisch gesehen werde. Da sie sich an den Grundsatzbeschluss halten wolle, werde sie diesem Einzelbeschluss nicht zustimmen.

**Bürgermeisterin Dankwardt** trägt vor, auch der Verwaltung sei es nicht leicht gefallen, eine entsprechende Entscheidung vorzuschlagen. Wenn der Grundsatzbeschluss allerdings nur einmal im Jahr 2010 ausgesetzt würde, hätten Stadt und Stadtmarketing bei einem Personalkörper von 120 MitarbeiterInnen nach wie vor fünf Ausbildungsplätze. Dieses sei zu vertreten. Die Stadt Jever bilde schon seit Jahren über ihren Bedarf aus, so dass die ausgebildeten Kräfte nur befristete Verträge erhielten oder arbeitslos würden.

Die Ausbildung bei der Verwaltung sei sehr monostrukturiert. Unter diesen Gesichtspunkten schlage die Verwaltung aus Kostengründen für das Jahr 2010 eine entsprechende Vorgehensweise vor.

**Beigeordneter Zillmer** stellt fest, es handele sich um den einmaligen Verzicht auf eine Ausbildungsstelle für das Jahr 2010. Er könne das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen, die dem Gesamtkonzept zugestimmt habe, in dem diese Maßnahme bereits ein Bestandteil sei, dieser Einzelbeschluss solle jedoch abgelehnt werden. Die CDU-Fraktion werde auch bei diesem Punkt mitja stimmen.

**Beigeordneter Schönbohm** erklärt, man könne nicht nur über Haushaltskonsolidierung reden, sondern müsse in Einzelbereichen auch damit beginnen. Er sei der Meinung, dass für die hochqualifizierten BewerberInnen kein Mangel mehr an Ausbildungsplätzen bestehe. Anders verhalte es sich bei den Stellen für die weniger qualifizierten BewerberInnen. Leider sei es der Stadt Jever nicht möglich, im Rahmen einer Kooperation für diesen Personenkreis eine Ausbildung anzubieten. Aus diesem Grunde werde er dieser einmaligen Lösung zustimmen.

**Rats Herr Albers** teilt mit, es sei heute abend viel von interkommunaler Zusammenarbeit und dem Fusionieren von Gemeinden gesprochen worden. Ziel dieser Maßnahmen sei es unter anderem, Personalkosten einzusparen. Wenn tatsächlich Personal eingespart werden solle, könne nicht ausgebildet werden, da anschließend kein Arbeitsplatz mehr vorhanden sei. Mit dieser Konsequenz halte er es für richtig, heute für den Beschlussvorschlag zu stimmen.

**Verwaltungsangestellter Rüstmann** trägt vor, im Laufe des heutigen Abends sei heute mehrfach von der Kämmerei und speziell auch von ihm Kreativität und Fantasie eingefordert worden. Er habe darüber nachgedacht, was damit gemeint sei, und sei zu dem Schluss gekommen, dass Maßnahmen gewünscht würden, die nicht schmerzten.

In dieser Hinsicht müsse er den Rat leider enttäuschen. Entsprechende Vorschläge werde er nicht vorlegen können. Es würden immer Maßnahmen sein, die an die Lebensqualität und das Stadtbild gingen. Der Rat müsse bereit sein, dieses zu akzeptieren. Wenn jede Fraktion einzelne Punkte heraus greife und diese für unantastbar erkläre, dann blockiere der Rat sich letztendlich gegenseitig. Unter diesen Voraussetzungen sei eine ernsthafte Konsolidierung nicht möglich.

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

***Zum 01. Aug. 2010 wird von der Stadt Jever nur ein Ausbildungsplatz***

**für die Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten zur Verfügung gestellt.**

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 18 Nein 13 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 15 Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung**

**Die Ratsvorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.15 Uhr.

**TOP 22 Anlagen**

Anlage 1 zu TOP 7.1.	Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
Anlage 2 zu TOP 7.2.	Baubericht	
Anlage 3 zu TOP 9	Stellungnahmen zum BPL 95	in Session: siehe Vorlage
Anlage 4 zu TOP 10	3. Nachtragshaushaltsatzung	
Anlage 5 zu TOP 10	Fortschreibung Investitionsprogramm	
Anlage 6 zu TOP 10	Fortschreibung Finanzplan	
Anlage 7 zu TOP 11	Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept	in Session: siehe Vorlage

Genehmigt:

Margot Lorentzen  
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt  
Bürgermeisterin

Irmgard Wilms  
Protokollführer/in

